

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Petitzeile oder deren Raum 20 g, außerhalb des Bezirks 25 g, bei Auslandsverteilung durch die Geschäftsstelle 30 g extra.
Kleinanzeigen 50 g.
Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnerjahres hinfallig wird.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 150.

Neuenbürg, Mittwoch den 2. Juli 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Nürnberg, 30. Juni. Der 10. deutsche Gewerkschaftskongress wurde gestern in Nürnberg vom Abgeordneten Lewin eröffnet. Vertreten sind 52 Verbände mit fast einer halben Million Mitglieder durch 664 Delegierte. Sehr zahlreich ist das Ausland vertreten, so Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, die Schweiz und Oesterreich. In seiner Eröffnungsansprache forderte Lewin zur Durchsetzung aller Arbeiterforderungen und zur Sicherung des Sozialismus, zur Einigkeit der Arbeiterklassen auf.

Dresden, 30. Juni. In Sachsen wird das Gesetz über den Austritt aus der Kirche geändert. Seither war der Austritt durch sich über vier Wochen erstreckende Förmlichkeiten soweit erschwert, daß er nicht aus bloßer Laune heraus erfolgen konnte. Der neue Entwurf ändert das. Die vorherige Aussprache mit dem Geistlichen soll nicht mehr erforderlich sein. Die bisher vorgeschriebene vierwöchige Bedenkzeit soll fortfallen, die Zuständigkeit der Amtsgerichte hierfür aufgehoben werden. Nunmehr soll es genügen, daß wer aus der Kirche austreten will, dem Standesbeamten seines Wohnortes seinen Willen zu Protokoll erklärt. Damit würde der Austritt bewirkt sein. Kostenlos soll er vom Standesbeamten bescheinigt und von ihm unverzüglich dem Geistlichen der Kirchengemeinde, der der Antragsteller bisher angehört hat, mitgeteilt werden. Entsprechend dem Alter der Eidesmündigkeit kann nach vollendetem 16. Lebensjahr jeder aus seiner Kirchengemeinschaft austreten. Für Kinder unter 16 Jahren hat der Vater und wenn dieser nicht erziehungsberechtigt ist, die Mutter das Recht, den Austritt zu erklären, wenn sie das auch für sich selber tun oder getan haben.

Berlin, 1. Juli. Der Führer der Bankbeamten und Vorsteher des deutschen Bankbeamtenvereins, Ermonts, ist am Samstag nachmittag in den Geschäftsräumen des Verbands verhaftet worden. Daraus haben gestern abend mehrere tausend Bankbeamte, die eine Versammlung abhielten, unter tosendem Beifall ein Ultimatum gestellt: Ihr Führer Ermonts müsse heute bis 12 Uhr mittags entlassen sein, widrigenfalls sie sofort in den Proteststreik eintreten würden.

Berlin, 1. Juni. Heute morgen wird in Berlin jeglicher Verkehr auf der Straßenbahn, der Hoch- und Untergrundbahn eingestellt, da sich die Verkehrsbeamten zu 90 Prozent für den Streik erklärt haben. Mit Rücksicht auf die technischen Schwierigkeiten wird heute auch der Verkehr auf der Straßenbahn eingestellt. Nur die Omnibusse werden in Betrieb gehalten werden. Der Zweigverband Groß-Berlin wird sich bereits heute mit der Streikleitung in Verbindung setzen, um Verhandlungen anzubahnen. Auch der Vollzugsrat der A. und S.-Räte hat seine Vermittlung angeboten.

Berlin, 30. Juni. Der neue Berliner Verkehrsstreik ist beschlossene Sache. Die Urabstimmung in den Betrieben der Großberliner Straßenbahnen und der Untergrundbahn hat ein Mehr für den Streik von rund 90 Prozent ergeben. Die Annahme, daß die Verbilligung der Lebensmittel und die Aufhebung des Roske'schen Streikerlasses zu sofortigem allgemeinen Abbruch des Eisenbahnstreikes führen werde, hat sich noch in vollem Maße bestätigt.

Berlin, 1. Juli. Die Morgenblätter erfahren zuverlässig, daß der Eisenbahnstreik von den Kommunisten mit dem Gelde der ungarischen Räterepublik gemacht worden sei. Ein Teil dieses Geldes sei auch nach Hamburg gegangen. Eichhorn, der bekannte ehemalige Polizeipräsident von Berlin, soll die Hauptleitung des Streiks in den Händen gehabt haben. Gestern nachmittag fanden in Groß-Berlin von der Leitung der Unabhängigen einberufene Versammlungen statt. In den Ausführungen trat man neuerlich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein und forderte die Arbeiter auf, in der entscheidenden Stunde bereit zu sein.

Berlin, 1. Juli. Der Oberstkommandierende in den Marken, gezeichnet Roske, unterlagte aufgrund des Belagerungszustandes jeglichen Verlaufs von Waffen, Munition und Sprengstoffen.

Berlin, 30. Juni. Die deutsche Friedensdelegation, die am Samstag abend 9 Uhr im Sonderzug Versailles verlassen hatte, ist heute nacht gegen 4 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Reichsminister Dr. Bell verließ den Sonderzug in Ebersfeld, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller setzte die Reise bis nach Berlin fort. Der Zug wurde von je einem französischen, englischen und italienischen Offizier bis Ohligslag begleitet. Am Bahnhof Noisy le Roy verabschiedete sich kurz vor der Abfahrt der Präfekt des Seine-et-Oise-Departements sowie Oberst Henry von den beiden Ministern. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfall, doch wurden die Insassen des Speise-

wagens kurz vor Compiègne durch einen kleinen Knall aufgeschreckt. Es konnte nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Stein oder um einen Feuerwerkskörper handelte, der von der Menge ins offene Fenster des Speisewagens geschleudert worden war.

Berlin, 1. Juli. Nach den bei der spanischen Botschaft vorliegenden Nachrichten wird vom 1. August an der Schutz der Staatsangehörigen der Entente wieder von eigenen Botschaftern und Gesandtschaften in Berlin übernommen. Die Wiederberufung von Konsula der Ententestaaten ist dagegen erst für Anfang September vorgesehen.

Berlin, 1. Juli. Wie verlautet, hat die Reichsregierung die von der russischen Sowjetregierung unter Androhung von Repressalien geforderte Haftentlassung des Kommunistenführers Kadel abgelehnt, da Kadel unter der Anschuldigung von Verbrechen steht. Im Moskauer Untersuchungsgesängnis erwarten noch über 650 verhaftete Spartakisten und Anführer der letzten Putsche die Aburteilung.

Berlin, 1. Juli. Nach der Befehlsung Libaus durch die Engländer ist die Hindenburgsäule, die von den deutschen Truppen am Jahrestag der Einnahme Libaus errichtet worden war, von der englischen Besatzungstruppe unter Teilnahme des gesamten Offizierskorps entfernt worden. Die Gedanktafel, Adler usw. sind beseitigt und in Verwahrung genommen worden, und auf den Trümmern der Säule wurde die lettlandische Fahne gehißt.

Oppeln, 1. Juli. Da mit der bevorstehenden Besetzung Oberschlesiens auch die Auflösung der Arbeiterräte verbunden ist, so tritt unter der Arbeiterschaft immer mehr der Wunsch auf, bei Deutschland zu bleiben. Große Massen ober-schlesischer Arbeiter, die bisher der polnisch-sozialistischen Partei angehörten, treten aus derselben aus und schließen sich der deutschen kommunistischen Partei an. Ein ähnlicher Massenaustritt vollzieht sich auch bei der Mehrheitssozialistischen Partei.

Landsberg (Warthe), 30. Juni. Die Unruhen in Landsberg a. d. W. sind als beendet anzusehen. Der bewaffneten Einwohnerwehr ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Hamburg, 30. Juni. Im Auftrag des Militärbehalters des Generalmajors v. Lettow-Vorbeck, gibt der Kommandant von Groß-Hamburg bekannt: Am Mißverständnisse beim Einzuge der Reichswehr zu verhindern, wird die Reichswehr für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow-Vorbeck beurlaubt. Die Mannschaften beziehen ihre Gehälter bis zum 31. Juli 1919 weiter.

Erzberger und die hohe Vermögensabgabe.

Berlin, 30. Juni. Der Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe sollte nach dem Plane der früheren Reichsminister Dr. Schiffer und Dernburg frühestens im Herbst d. J. herauskommen. Jetzt aber wird er nach dem Willen Erzbergers schnellstens ausgearbeitet, um schon in der nächsten Zeit der Nationalversammlung zuzugehen und mit den übrigen neuen Steuervorlagen in erster Lesung verhandelt zu werden. Herr Erzberger hat seine Teilnahme an der jetzigen Regierung und die Uebernahme des Reichsfinanzministeriums davon abhängig gemacht, daß auch der Entwurf über die große Vermögensabgabe sobald wie möglich der Nationalversammlung vorgelegt werde. Die jetzige Ausarbeitung des Gesetzentwurfes bedeutet also die Erfüllung der von Erzberger gestellten Bedingungen.

Ausland.

Basel, 30. Juni. „Matin“ berichtet: Marschall Foch hatte eine Besprechung mit Clemenceau, in deren Verlauf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer starken alliierten Armee von mindestens 700000 Mann in den besetzten Gebieten für nötig erachtet wurde. Die militärische Bereitschaft soll Deutschland in der loyalen Erfüllung seiner eingegangenen Verpflichtungen bestärken. Die Kommandanten der Besatzungstruppen in der Pfalz und im Rheinland erlassen Erklärungen, wonach der Belagerungszustand im besetzten Gebiet unter Milderung einiger Bestimmungen vorläufig aufrecht erhalten bleibt.

Basel, 30. Juni. Wie der „Matin“ schreibt, soll in den Friedensvertrag noch eine Vorschrift eingesetzt werden, daß nicht nur die deutsche Nationalversammlung, sondern auch die preussische Landesversammlung und der bayerische Landtag den Vertrag an einem noch näher zu bezeichnenden Zeitpunkt ratifizieren müssen.

Stockholm, 1. Juli. Nach einer Meldung aus Lulea wird die Ergänzungsreise nach Deutschland in nächster Zeit in großem Maßstabe aufgenommen. Im Laufe der nächsten Woche sollen 30 Dampfer mit Erz in deutschen Häfen eintreffen.

Rotterdam, 1. Juli. „Daily News“ meldet: Das

Wirtschaftsamt gab die Erlaubnis zur Besichtigung englischer Schiffe nach deutschen Häfen. Die Ausfuhrerlaubnis hängt von der Annahme des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung, aber nicht von der Ratifizierung durch die Parlamente der Ententestaaten ab.

Paris, 1. Juli. Die Alliierten-Konferenz hat beschlossen, mit der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen nach der Bestätigung des Friedensvertrages durch Deutschland zu beginnen.

Paris, 30. Juni. Der „Temp“ meldet, daß der Rat der zehn, der sich neubilden wird, wie folgt zusammengesetzt sein wird: Frankreich Pichon und Clemenceau, Amerika Lansing und House, England Balfour und Lord Milner oder Bonar Law, Italien Tittoni und wahrscheinlich Marconi, Japan Matsuno und Chinba.

Paris, 1. Juli. Die verbündeten Parlamente werden den Friedensvertrag schon in kommender Woche ratifizieren. Clemenceau hat den Vertrag heute schon der Kammer vorgelegt.

Paris, 30. Juni. Clemenceau teilte der türkischen Friedensdelegation mit, daß eine sofortige Beschlussfassung über die türkischen Fragen jetzt unmöglich sei und daß durch die Verlängerung des Aufenthalts der Delegation in Paris 3. Jt. nichts gewonnen werde.

„Sieg und Schande“.

Unter dieser Ueberschrift fährt Hauptmann Liljedahl im Aftonbladet aus: Die Entente hat physisch gesiegt, aber Deutschland hat wie wohl nie zuvor ein besiegtes Volk die ungeteilten Sympathien der rechtsdenkenden Neutralen der Welt. Die Entente hätte ihren Sieg auch in gewissem Grade moralisch gewonnen, wenn sie die zwei Einwände in der Schuldfrage und die Auslieferung des Kaisers, welche die deutsche Regierung in letzter Stunde machte, angenommen hätte. Aber dieser Appell Deutschlands an den Rest von menschlichen Gefühlen, der vielleicht noch bei den Neutralen in Versailles zu finden war, wurde mit einem ebenbürtigen wie unerhört dummen „Nein“ beantwortet. Dem hat die Entente ihren Sieg mit einer Schande besudelt, die ihresgleichen in der Weltgeschichte sucht. Wir gebrauchen keine zu starken Worte, denn auch diese sind zu schwach, um den Abscheu auszudrücken, welcher den rechtsdenkenden Schweden angesichts des Büttelwerks in Versailles besetzt. Wir sind der Ansicht, daß das ganze Gewaltsystem, welches in dem diktierten Frieden der Sieger sich verkörpert, keine Schande für Deutschland, sondern für diejenigen ist, die ein derartiges Inferno angerichtet haben. Das gemarterte Deutschland geht mit Ehre aus dem Kriege hervor. Was es auch verbrochen haben mag, jetzt ist alles gesühnt. Heil dir, unser germanisches Brudervolk! Deine Niederlage wird dein Sieg werden. Ohne Golgatha kein Labor. Das ist die tiefste Erfahrung der Geschichte, die wieder einmal bestätigt wurde.

Dänemark und Schleswig.

Kopenhagen, 30. Juni. Der neue Minister für Schleswig, Hansen, schreibt in seinem Organ „Heimdal“ in Apenrade über seine Aufgaben u. a.: „Sollten sich die letzten Nachrichten aus Paris bestätigen, dann kann die Ratifizierung des Friedensvertrages zu Ende Juli erwartet werden. Spätestens 31 Tage nach der Ratifizierung wird die Abstimmung in der ersten Zone von Schleswig vorgenommen werden. Wenn alles gut geht, ist nicht ausgeschlossen, daß diese Frist noch verkürzt wird. Sobald das Abstimmungsergebnis veröffentlicht ist, hat Dänemark bekanntlich das Recht, Schleswig mit seinen Militär- und Zivilbehörden zu besetzen. Unter den Aufgaben die in Schleswig zu lösen sind, steht in erster Linie die Regelung der Balutafage, die dem dänischen Staat Millionen kosten wird, und von der die Existenz vieler Deutsch-Schleswiger abhängig ist. Viele bestehende Gesetze müssen sofort außer Kraft gesetzt werden und vorläufig die aus der alten Zeit in die neue hinüberleiten sollen, ausgearbeitet werden, damit sie sofort in Kraft treten können und auch die Personenfragen werden zur Entscheidung drängen.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Juli. (Sitzung des Gemeinderats.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende dem vollbesetzten Kollegium von einer Zuschrift des Wilhelm Bodenhut Kenntnis, in welcher derselbe den ihm gebotenen Preis für seinen Hausanteil als zu niedrig bezeichnet und sein Angebot zurückzieht.

Eingegangen ist ein Schreiben von O.-Aerarzt Dr. Müller hier, in welchem derselbe bittet, die von seinem verstorbenen Amtsvorgänger, Oberamtsarzt Bhoppe, versehenen Funktionen in Sachen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau ihm unter denselben Bedingungen und derselben Belohnung zu

